

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/019(VI)/16			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 25.11.2016	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:05Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 23. 09. 2016 - öffentlicher Teil T0060/16
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anträge
- 5.1 Gemeinsame Bestattung von Mensch und Tier A0044/16
Fraktion CDU/FDP/BfM
Stadtrat Dr. Kutschmann, Stadträtin Schumann
- 5.1.1 Gemeinsame Bestattung von Mensch und Tier S0188/16
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

5.2	Anpassung der Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit Interfraktionell	A0118/16
5.2.1	Anpassung der Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	S0279/16
5.3	Unterzeichnung der „Erklärung von Barcelona“ Fraktion DIE LINKE/future!, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0094/16
5.3.1	Unterzeichnung der „Erklärung von Barcelona“ BE: Oberbürgermeister	S0220/16
5.4	Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd SPD-Stadtratsfraktion SR'e Lischka, D. Hitzeroth, Hausmann	A0097/16
5.4.1	Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd Fraktion CDU/FDP/BfM	A0097/16/1
5.4.2	Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd Ortsbürgermeister Beyendorf-Sohlen	A0097/16/2
5.4.3	Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	S0237/16
5.5	Haushaltsmittel 2017 Ortschaftsrat Beyendorf-Sohlen Ortsbürgermeister Beyendorf-Sohlen	A0076/16
5.5.1	Haushaltsmittel 2017 Ortschaftsrat Beyendorf-Sohlen BE: Bürgermeister	S0236/16
5.6	Tätigkeitsbericht Verwaltungsrat Stadtparkasse SPD-Stadtratsfraktion	A0100/16
5.6.1	Tätigkeitsbericht Verwaltungsrat Stadtparkasse BE: Bürgermeister	S0219/16
6	Beschlussvorlagen	
6.1	Beteiligungsbericht 2016 BE: Bürgermeister	DS0427/16
6.2	Änderung des Gesellschaftsvertrages der Magdeburger Hafen GmbH BE: Bürgermeister	DS0453/16
6.3	Erste Änderung der Hauptsatzung BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	DS0343/16
6.4	Personalangelegenheiten - Fraktionen BE: Oberbürgermeister	DS0479/16
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Frank Schuster

Hans-Jörg Schuster

Jürgen Canehl

Marko Ehlebe

Christian Hausmann

Dr. Klaus Kutschmann

Jens Rösler

Hubert Salzborn

Oliver Müller

Jenny Schulz

Hugo Boeck

Roland Zander

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

i.V.f. SR Meister

i.V.f. SR Hitzeroth

i.V.f. Stadtrat Dr. Grube

i.V.f. SR Schwenke

i.V.f. SR Stern

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Wigbert Schwenke

Reinhard Stern

Dr. Falko Grube

Jens Hitzeroth

Olaf Meister

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht darauf aufmerksam, dass in Ergänzung der Tagesordnung die DS0479/16 – Personalangelegenheiten – als TOP 6.4. vorliegt.

Die so ergänzte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 23. 09. 2016 - öffentlicher Teil Vorlage: T0060/16

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, nimmt Bezug auf Äußerungen des Oberbürgermeisters unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes im nichtöffentlichen Teil hinsichtlich der Arbeitsweise und der thematischen Zuständigkeit des Kulturausschusses und bittet darum, diese in den öffentlichen Teil der Sitzung zu übernehmen, da er für diese Äußerungen keinen nichtöffentlichen Grund sieht.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass die o.g. Äußerungen so im nichtöffentlichen Teil erfolgten und demzufolge auch hier verbeiben sollen.

Stadtrat Müller legt seine Auffassung hinsichtlich in der Vergangenheit erfolgter öffentlicher Äußerungen mit nichtöffentlichem Charakter dar und kritisiert hier eine unterschiedliche Handhabung.

Der Oberbürgermeister weist diesen Vorwurf zurück und stellt die beantragte Änderung nicht zur Abstimmung.

Die Niederschrift vom 23. 09. 2016 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und ohne Enthaltung bestätigt.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

Hinweis: Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, trifft zur Sitzung ein.

5. Anträge

5.1. Gemeinsame Bestattung von Mensch und Tier Vorlage: A0044/16

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Leiterin des Eigenbetriebes SFM Frau Andruscheck teil.

Hinweis: Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM trifft zur Sitzung ein.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/FDP/BfM, macht umfassende Ausführungen zum Anliegen des Antrages. Eingehend auf die Stellungnahme der Verwaltung legt er seine Auffassung dar, dass der gemachte Vorschlag, eine gemeinsame Bestattung nur auf dem Friedhof Buckau zu gestatten, so nicht problemlos umsetzbar sei. Als Begründung führt er an, dass diejenigen, die eine gemeinsame Bestattung wünschen, nur auf diesen einen Friedhof beschränkt sind. Er äußert mit Hinweis auf eine fehlende Wohnortnähe seine Befürchtung hinsichtlich einer dann nur geringen Nachfrage. Er unterbreitet den Vorschlag, eine andere Lösung zu suchen und kündigt an, möglicherweise einen entsprechenden Änderungsantrag im Stadtrat einzubringen.

Die Leiterin des Eigenbetriebes SFM Frau Andruscheck führt aus, dass im Ergebnis umfassender Diskussionen zu dieser Thematik auch bundesweit unterschiedliche Auffassungen festzustellen sind. Anhand des Beispiels des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Aschersleben verweist sie darauf, dass hier nur wenig Interesse gezeigt wurde. Insbesondere merkt sie an, dass eine gemeinsame Bestattung nur auf entsprechend ausgewiesenen Grabfeldern erfolgen kann. Zum Standort Friedhof Buckau führt sie an, dass dies nur ein Vorschlag sei und auch ein anderer Standort ausgewiesen werden könnte. Sollte ein Beschluss des Stadtrates zum Antrag erfolgen, sieht sie die Möglichkeit z.B. 10 Grabstellen vorzusehen. Fraglich dabei sei nur, wie diese angenommen werden.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, legt dar, die Auffassung der Eigenbetriebsleiterin teilen zu können. Die Ausweisung einer begrenzten Anzahl von Grabstellen bezeichnet er als gute Lösung und sieht mit diesem Kompromiss den vorliegenden Antrag als erfüllt an. Er äußert, dem Antrag im Kontext mit dem seitens der Betriebsleiterin unterbreiteten begrenzten Angebot zustimmen zu können.

Zu seiner Nachfrage hinsichtlich der Nutzung des alten Friedhofes in Brückfeld informiert Frau Andruscheck, dass sich dieser in kirchlicher Trägerschaft befindet. Hier müsste die Kirche den mit der Stadt geschlossenen Pflegevertrag auslaufen lassen.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, bezeichnet den vorgeschlagenen Standort Buckau als keine gute Lage und legt seine Auffassung dar, dass es andere Friedhöfe gibt (z.B. Westfriedhof), die geeigneter seien.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, nimmt Bezug auf die Beratung des Antrages im Betriebsausschuss SFM und der hier vorgetragenen Argumentation der Eigenbetriebsleiterin hinsichtlich des Standortes Buckau und der erzielten Übereinkunft hinsichtlich einer zunächst auf zwei Jahre begrenzte Ausweisung mit anschließender Evaluierung der Nachfrage. Stadtrat Hausmann plädiert dafür, dem Standortvorschlag zuzustimmen.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/FDP/BfM, unterstützt den Vorschlag des Stadtrates Dr. Kutschmann hinsichtlich der Prüfung einer anderen Standortmöglichkeit.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/FDP/BfM, vertritt die Auffassung, dass es bei einer Zustimmung zum vorgeschlagenen Standort nur eine geringe Nachfrage geben wird. Er spricht sich dafür aus, noch einen zweiten Standort zu suchen.

Hinweis: Stadtrat Boeck, Fraktion LINKS für Magdeburg, trifft zur Sitzung ein.

Im Ergebnis der geführten Diskussion legt der Oberbürgermeister dar, es so verstanden zu haben, dass der Betriebsausschuss SFM die Beschlussfassung des Antrages im Sinne der Stellungnahme empfiehlt und spricht sich dafür aus, dieser Empfehlung zu folgen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future! legt hierzu Einspruch ein und verweist darauf, dass eine Beschlussempfehlung im Sinne der Stellungnahme nicht durch die Regelungen der Geschäftsordnung des Stadtrates abgedeckt ist.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, gibt den Hinweis, dass mit der vorliegenden Stellungnahme der Antrag bereits erfüllt ist.

Der Oberbürgermeister legt seine Auffassung dar, dass der Antrag formal abgestimmt werden sollte und zur Kenntnis genommen wird, dass die Umsetzung des Antrages im Sinne der Stellungnahme hinsichtlich des Standortes Buckau erfolgt.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses folgen der Auffassung und empfehlen mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0044/16 in seiner Sitzung am 26. 01. 2017 zu beschließen.

5.1.1. Gemeinsame Bestattung von Mensch und Tier Vorlage: S0188/16

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2. Anpassung der Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit Vorlage: A0118/16

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris teil.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, gibt den Hinweis, dass es seitens der GWA's viele Hinweise hinsichtlich der Kompliziertheit der Förderrichtlinie gibt. Bezug nehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung führt er aus, dass die Umsetzung der hier benannten Maßnahmen zur Vereinfachung zunächst abgewartet werden sollte. Die Beschlussfassung des Antrages könne aber erfolgen.

In seinen Ausführungen sieht Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, Klärungsbedarf zwischen einzelnen Abteilungen der Verwaltung. Er wirft kritisch die Frage auf, wie man sich das vorstellen soll, wenn die Förderrichtlinie durch den Stadtrat beschlossen wird, die Verwaltung jedoch anders handelt und benennt dabei als Beispiel die Kirchentagsfinanzierung. Ebenfalls sollte bei Überlegungen zu Vereinfachungen eine Änderung der Verfahrensweise mit berücksichtigt werden, dass seitens der GWA-Mitglieder entsprechende Rechnungsbeträge zunächst verauslagt werden müssen.

Er bezeichnet die Stellungnahme als Zwischenbericht und spricht sich für eine Beschlussfassung zum Antrag aus.

Die Beigeordnete Frau Borris legt in ihren Ausführungen dar, dass die aktuelle Förderrichtlinie umgesetzt werden muss und nach dem Rechnungsprüfungsbericht gewisse Zwänge auferlegt wurden. Sie gibt den Hinweis, dass sich z.B. hinsichtlich der Ausreichung von Pauschalen Erleichterungen ergeben werden und macht hierzu erläuternde Ausführungen. Eine Anpassung soll dahingehend erfolgen, dass keine Vorfinanzierung vorgenommen werden muss, sondern über eine Festbetragsfinanzierung finanzielle Mittel bereits vor einer Maßnahme ausgereicht werden. Die Verwendung darf jedoch nur für diese Maßnahme erfolgen.

Hinweis: Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen trifft zur Sitzung ein.

Am Beispiel der Platte „Schneidersgarten“ schildert Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, persönliche Erfahrungen mit der Kompliziertheit hinsichtlich der finanziellen Belange und merkt an, dass Personen, die nicht über entsprechende Erfahrungswerte verfügen, hier große Schwierigkeiten haben.

Stadtrat Ehlebe, SPD-Stadtratsfraktion, wirft die Frage auf, ob Ausnahmeregelungen von der Förderrichtlinie zumindest für kleinere Projekte zugelassen werden können. Ebenso ist es für ihn fraglich, ob der Antrag bereits abgestimmt werden kann, wenn noch kein endgültiges Prüfergebnis vorliegt.

Der Oberbürgermeister macht darauf aufmerksam, erst dann tätig zu werden, wenn die Beschlussfassung des Stadtrates erfolgt ist.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0118/16 in seiner Sitzung am 08. 12. 2016 zu beschließen.

5.2.1. Anpassung der Förderrichtlinie über die Gewährung von
Zuwendungen aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit
Vorlage: S0279/16

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3. Unterzeichnung der „Erklärung von Barcelona“
Vorlage: A0094/16

Der Oberbürgermeister macht erläuternde Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung und verweist insbesondere auf die Nichtzuständigkeit des Stadtrates.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, merkt an, dass sich den Mitgliedern seiner Fraktion nicht erschließt, warum der Stadtrat hier keine Zuständigkeit hat.

Seitens des Oberbürgermeisters wird darauf verwiesen, dass in dieser Angelegenheit weder die Stadt noch der Stadtrat zuständig sind. Er macht zudem darauf aufmerksam, dass der Antrag hinfällig sei, da der Zeitpunkt für eine Unterschrift bereits überschritten wurde.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, legt seine Auffassung dar, dass die benannte Erklärung teilweise überholt sei und macht erläuternde Ausführungen hierzu. Insbesondere legt er dar, dass er dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen wird.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sieht eine Beschlussfassung als nicht schädlich an und spricht sich für eine Zustimmung aus.

Der Oberbürgermeister legt seine Auffassung dar, dass dem Stadtrat seine Entscheidung freisteht, die Verwaltung jedoch auf die Nichtzuständigkeit hinweist. Der Stadtrat könne den Oberbürgermeister nicht beauftragen, hier seine Unterschrift zu leisten.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0094/16 in seiner Sitzung am 08. 12. 2016 nicht zu beschließen.

5.3.1. Unterzeichnung der „Erklärung von Barcelona“
Vorlage: S0220/16

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4. Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd
Vorlage: A0097/16

5.4.1. Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd
Vorlage: A0097/16/1

5.4.2. Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd
Vorlage: A0097/16/2

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Zur Beratung liegen die Änderungsanträge A0097/16/1 der Fraktion CDU/FDP/BfM und A0097/16/2 des Ortsbürgermeisters Beyendorf-Sohlen vor.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des vorliegenden Antrages. Insbesondere bezeichnet er es als wichtig, auch für die Mitglieder des Stadtrates dieser Stadtgebiete, die Bürgerbüros in den Stadtgebieten West und Nord als zentrale Anlaufpunkte für diese Stadtteile zu erhalten. Nicht unbedingt erhaltenswert sieht er das Bürgerbüro Ost an, da dies nicht sehr zentral gelegen sei und somit für die Bürger schwer zu erreichen. Im Weiteren erklärt er, den vorliegenden Änderungsanträgen A0097/16/1 der Fraktion CDU/FDP/BfM und A0097/16/ des Ortsbürgermeisters Beyendorf-Sohlen nicht zustimmen zu wollen.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, thematisiert die Kostenfrage und hinterfragt bzgl. des Bürgerbüros Süd die Anzahl der Quadratmeter, die Höhe der Mietkosten und wer die Umbaukosten trägt.

In Beantwortung der Nachfragen informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass derzeit noch keine Umbaukosten bezifferbar seien, da das Bürgerbüro Süd erst noch gebaut wird. Als Flächengröße benennt er 300 m² und sagt zu, die ihm momentan nicht bekannte Höhe der Mietkosten nachzureichen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, wirft die Frage nach einem aktuellen Mietvertrag mit dem Bördepark auf und hinterfragt eine mögliche Untersuchung der Ursachen für den hohen Krankenstand in Bürgerbüros. Eingehend auf die Stellungnahme der Verwaltung zeigt sich

Stadtrat Müller irritiert hinsichtlich der Beteiligung des Stadtrates trotz des in der Stellungnahme gegebenen Hinweises auf dessen Nichtzuständigkeit bei der Standortfrage. Ebenso hinterfragt er den Zeitpunkt der Vorlage einer durch den Beigeordneten Herrn Platz avisierten entsprechenden Drucksache für den Stadtrat.

Klarstellend informiert der Beigeordnete Platz hierzu, dass die avisierte Drucksache das Bürgerbüro Mitte und die hierfür vorgesehene Anmietung im Domquartier betrifft und im Januar im Stadtrat eingebracht wird. Hinsichtlich eines Bürgerbürokonzeptes werde eine Information vorgelegt.

Zur Thematik Standorte der Bürgerbüros verweist Herr Platz auf viele durch ihn und auch den Leiter des Fachbereiches 32 Herrn Ehlenberger geführte Gespräche. Ausgangspunkt dafür waren entsprechende Anträge des Stadtrates, den Bürgerservice zukunftsfest zu machen. Persönlich hätte es ihm besser gefallen, die Strukturen der Bürgerbüros nicht grundsätzlich infrage zu stellen, vor dem Hintergrund der kleinteiligen Strukturen der letzten Jahre soll jedoch darüber gesprochen werden, ob eine Reduzierung der Bürgerbüros diese weniger anfällig machen z.B. bei der Höhe des Krankenstandes oder technischen Ausfällen.

Er informiert, dass ca. 220.000 Bürger im Jahr die Bürgerbüros aufsuchen, also im Schnitt ein bis zweimal im Jahr. Hierbei ist es für die Bürger wichtig, dass die Bürgerbüros gut erreichbar und verlässlich sind. Er macht Ausführungen zu den Mobilien Bürgerbüros und zum Standort Buckau.

Im Weiteren benennt er die drei Säulen des Bürgerservice – Bürgerbüro, Telefonie und Internet und führt aus, dass der e-governement-Prozess weitergeführt und ausgebaut wird.

Herr Platz führt aus, dass auf Grund dieser benannten Überlegungen die Drei-Standorte-Idee entstand. Er legt dar, dass der neue Standort des Bürgerbüros Süd ansprechend gestaltet werden soll, ebenso der neue Standort des Bürgerbüros Mitte im Domquartier. Perspektivisch müsse auch der Standort Nord erneuert und attraktiver gestaltet werden. Insbesondere legt er dar zu registrieren, dass es eine Ablehnung des Drei-Standorte-Konzeptes gibt.

Zur Frage des Krankenstandes verweist Herr Platz darauf, dass dieser stark schwankt und die unterschiedlichsten Ursachen hat. Als problematisch bezeichnet er dabei die hohe Anzahl der Langzeiterkrankten und informiert, dass hierzu eine Analyse durchgeführt wird, ob dieser Problematik entgegen gesteuert werden kann.

Hinsichtlich der Beteiligung des Stadtrates bekräftigt er, dass die Standortfrage eine Verwaltungsangelegenheit sei, es ihm aber wichtig sei, den Stadtrat hinter sich zu wissen.

Bezug nehmend auf den Änderungsantrag A0097/16/2 des Ortsbürgermeisters informiert Herr Platz über dessen Vorstellung, dass der Standort Beyendorf-Sohlen so entwickelt wird, dass auch Bürger aus naheliegenden Stadtteilen dessen Angebote nutzen. Er macht darauf aufmerksam, dass damit ein hoher technischer und personeller Aufwand verbunden wäre.

Stadtrat Ehlebe, SPD-Stadtratsfraktion, geht auf den Standort Nord ein und nimmt Bezug auf einen Standortvorschlag der WOBÄU, hinsichtlich des ehemaligen Postgebäudes neben dem Gesundheitsamt als Bürgerbüro. Er sieht dieses Gebäude als geeignet für ein Bürgerbüro an und äußert seine Sorge, dass hieraus eine Ruine entsteht.

Hierzu informiert der Beigeordnete Platz, dass das Objekt bereits besichtigt wurde. Problematisch dabei sei, dass der Standort von der Stadt erworben werden muss. Für die Nutzung als Bürgerbüro werde jedoch nur 40 % der Fläche gebraucht, die restliche Fläche müsste vermarktet werden. Entsprechende Gespräche wurden jetzt erst einmal nicht weitergeführt.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt dar, dass für ihn die Frage der Unterbringung des Bürgerbüros Mitte im Domquartier noch nicht geklärt ist und sieht hierzu und zum derzeitigen Standort in der Leiterstraße noch Diskussionsbedarf.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/FDP/BfM, unterstützt die Auffassung des Stadtrates Canehl zum Standort Leiterstraße und äußert die Bitte an den Beigeordneten Herrn Platz, zum Standort Domquartier noch keine vollendeten Tatsachen zu schaffen. Zum Standort Bürgerbüro Nord spricht er sich für die Beibehaltung des Standortes im Gesundheitsamt aus und bezeichnet dies als kostengünstiger für die Stadt.

Das Bürgerbüro West bezeichnet er als Beispiel für die Erfolgsgeschichte der Bürgerbüros auf Grund der guten Annahme durch die Bürger und plädiert für dessen Erhalt.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, schließt sich der Auffassung des Stadtrates Salzborn an und legt dar, dass die Identifizierung der Bürger mit dem Bürgerbüro nicht unterschätzt werden darf. Dies gilt auch für den Standort Nord. Er plädiert dafür, dass dies seitens der Verwaltung berücksichtigt wird.

Der Beigeordnete Herr Platz geht auf die getroffenen Aussagen zum Bürgerbüro West ein und merkt an, dass seitens der Verwaltung nochmals Überlegungen zu diesem Standort in Olvenstedt angestellt werden.

Zum Standort Leiterstraße führt er aus, dass hierfür bewusst nur geringe finanzielle Mittel eingesetzt wurden, da dieser als Übergangslösung gedacht ist. Der Verwaltung sei es wichtig, mit dem Bürgerbüro wieder an den Breiten Weg zurückzukehren. Hierzu besteht seitens der Verwaltung starkes Interesse, mit einem Vermieter ins Gespräch zu kommen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, nimmt Bezug auf eine Aussage des Oberbürgermeisters in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 29. 04. 2016 (TOP 4.1 I0080/16 – Zwischeninformation zum Konzept „Bürgerbüros für die Zukunft wappnen“) hinsichtlich des Standortes Breiter Weg und des Raumbedarfes für die Ausländerbehörde, dass, wenn weniger Flüchtlinge kommen, das Bürgerbüro wieder an den Standort Breiter Weg zurückziehen könne.

Klarstellend informiert hierzu der Beigeordnete Herr Platz, dass sich der größere Raumbedarf für die Ausländerbehörde auch darin begründet, dass diese weitere Aufgaben zugeordnet bekommen hat.

Der Oberbürgermeister stellt die vorliegenden Änderungsanträge zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0097/16/1 der Fraktion CDU/FDP/BfM in seiner Sitzung am 08. 12. 2016 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0097/16/2 des Ortsbürgermeisters Beyendorf-Sohlen in seiner Sitzung am 08. 12. 2016 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0097/16 der SPD-Stadtratsfraktion unter Beachtung des Änderungsantrages A0097/16/1 der Fraktion CDU/FDP/BfM in seiner Sitzung am 08. 12. 2016 zu beschließen.

5.4.3. Erhalt der Bürgerbüros Nord, West, Mitte und Süd Vorlage: S0237/16

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.5. Haushaltsmittel 2017 Ortschaftsrat Beyendorf-Sohlen
Vorlage: A0076/16

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0076/16 des Ortsbürgermeisters Beyendorf-Sohlen in seiner Sitzung am 08. 12. 2016 nicht zu beschließen.

5.5.1. Haushaltsmittel 2017 Ortschaftsrat Beyendorf-Sohlen
Vorlage: S0236/16

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.6. Tätigkeitsbericht Verwaltungsrat Stadtparkasse
Vorlage: A0100/16

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, kritisiert, dass zum Zeitpunkt der Beschlussfassung zur Entlastung des Verwaltungsrates im Stadtrat der Tätigkeitsbericht nicht einsehbar war. Den der Stellungnahme der Verwaltung als Anlage beigefügte Bericht bezeichnet er als Farce und begründet seine Auffassung, dass die hier getroffenen Aussagen nicht dazu beitragen, mit gutem Gewissen einer Entlastung des Verwaltungsrates zuzustimmen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0100/16 der SPD-Stadtratsfraktion in seiner Sitzung am 08. 12. 2016 zu beschließen.

5.6.1. Tätigkeitsbericht Verwaltungsrat Stadtparkasse
Vorlage: S0219/16

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Beschlussvorlagen

6.1. Beteiligungsbericht 2016 Vorlage: DS0427/16

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, hinsichtlich der Darstellung von Verstößen gegen den Kodex führt der Bürgermeister Herr Zimmermann aus, dass, wenn es Verstöße gab, diese im Bericht aufgeführt sind. Eine Untersetzung hierzu erfolgt jedoch nicht, da Interna von Unternehmen nicht öffentlich dargelegt werden. Diese sind intern auszuwerten. Er sagt für die nächste Sitzung des Stadtrates zu, sich auf diese Thematik vorzubereiten und am Rande der Sitzung entsprechend zu informieren.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die Drucksache DS0427/16 in seiner Sitzung am 08. 12. 2016 zu beschließen.

6.2. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Magdeburger Hafen GmbH Vorlage: DS0453/16

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, kündigt seine Ablehnung zur Drucksache an und verweist begründend auf die Beschlussfassung des Stadtrates am 16. 06. 2016 zur Änderung des Gesellschaftsvertrages (DS0136/16). Kritisch geht er auf den letzten Absatz der Begründung hinsichtlich eines Nichtabweichens der Gesellschaft vom Kodex ein und führt aus, dass in anderen Gesellschaften zu einer Abweichung vom Kodex keine Angleichung vorgenommen wurde. Beispielhaft benennt er die Thematik Geschäftsordnung der WOB AU und legt dar, dass es weitere Unterschiede gibt, die mit dem Kodex nicht geheilt werden, wie die Zahlung von Sitzungsgeld.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann macht darauf aufmerksam, dass technisch-organisatorische Fragen und Abläufe nicht über den Kodex geregelt werden. Für eine Änderung dieser Unterschiede muss sich eine Mehrheit in den Aufsichtsratsgremien finden. So gibt sich der Aufsichtsrat einer Gesellschaft selbst eine Geschäftsordnung.

Hinsichtlich der vorliegenden Drucksache merkt er an, dass hiermit eine Änderung des Vertrages vorgenommen werden soll. Dabei handelt es sich nicht um eine grammatikalische Änderung. Zielstellung ist, damit einen Gleichklang mit allen Gesellschaftsverträgen herzustellen.

Stadtrat Ehlebe, SPD-Stadtratsfraktion, merkt an, dass im Gesellschaftsvertrag des Magdeburger Zoo's auch die Formulierung „... Vorsitzender bzw. Vertreter...“ enthalten sei. Dies müsste ja dann auch angepasst werden.

Der Bürgermeister legt dar, das momentan nicht empfehlen zu wollen. Die Änderung des Gesellschaftsvertrages der Hafen GmbH müsse jedoch erfolgen. Insbesondere verweist er darauf, dass hier keine Extrakosten anfallen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen dem Stadtrat, die Drucksache DS0453/16 in seiner Sitzung am 08. 12. 2016 zu beschließen.

6.3. Erste Änderung der Hauptsatzung Vorlage: DS0343/16

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Der Beigeordnete Herr Platz macht erläuternde Ausführungen zur Drucksache und verweist darauf, dass auf Grund des Urteils des Verwaltungsgerichtes hinsichtlich der Summe bei der Annahme von Spenden eine Anpassung der Hauptsatzung erforderlich ist. Bei dieser Gelegenheit werde gleichzeitig eine Bereinigung redaktioneller Art vorgenommen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, verweist darauf, dass erst vor einem Jahr sowohl die Geschäftsordnung des Stadtrates als auch die Hauptsatzung neu beschlossen wurden. Er bringt sein Unverständnis hinsichtlich der redaktionellen Anpassung der Bezeichnung des Rechnungsprüfungsausschusses zum Ausdruck, da bei der o.g. Beschlussfassung hierzu noch keine Aussage getroffen wurde.

Der Beigeordnete Herr Platz legt dar, dass es sich hierbei um einen Vorschlag aus dem Fachbereich Finanzservice handelt, welcher bei der Überarbeitung der Hauptsatzung nicht mit aufgenommen wurde.

Stadtrat Ehlebe, SPD-Stadtratsfraktion spricht sich für eine Änderung der Ausschussbezeichnung aus.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, die Drucksache DS343/16 in seiner Sitzung am 08. 12. 2016 zu beschließen.

6.4. Personalangelegenheiten - Fraktionen Vorlage: DS0479/16

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Bürgermeister Herr Zimmermann und der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Der Oberbürgermeister legt einführend dar, dass es sich bei dem Vorschlag der Verwaltung explizit um Punkte handelt, die im Ergebnis der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt vorgelegt wurden. Insbesondere macht er darauf aufmerksam, dass einige Beschlüsse des Stadtrates der vergangenen Jahre hierbei aufgehoben werden sollen.

Der Oberbürgermeister gibt den Hinweis, dass in einigen Fraktionen noch die erforderlichen Stellenbeschreibungen vorgenommen werden müssen. Zur Nachfrage des Stadtrates Frank Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, wer diese Beschreibungen macht, verweist er auf die Verantwortlichkeit der Fraktionen hierfür.

Zur weiteren Nachfrage des Stadtrates Frank Schuster hinsichtlich der Ausstattung mit IT-Technik der Fraktionen informiert der Oberbürgermeister, dass die Technik erhalten bleibt. Es solle jedoch klargestellt werden, dass keine neuen Forderungen aufgemacht werden können.

In seinen Ausführungen merkt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, kritisch an, dass die Vorbereitungszeit zur Behandlung der Drucksache sehr kurzfristig war. Er gibt den Hinweis, dass früher auch Regelungen zur Bürotechnik aufgeführt waren. Bezug nehmend auf Beschlusspunkt 5 merkt er an, dass hier nicht klar dargestellt ist, ob die Aufsplittung auch fraktionsübergreifend ist. Ebenso fehle unter Punkt 1.1 zur Personalausstattung der Hinweis auf Vollzeit oder Teilzeit. Er legt dar, dass für ihn auch die Bedeutung der Stellenbewertung nicht klar sei und wirft die Frage auf, wer diese macht.

Er warnt davor, Beschlüsse aufzuheben, die Grundlage der bisherigen Arbeit waren. Insbesondere merkt Stadtrat Müller an, dass zur vorliegenden Drucksache noch einige Fragen offen sind und kündigt an, der Drucksache so nicht zustimmen zu können.

Der Oberbürgermeister verweist auf die Funktion der Fraktionen als Arbeitgeber und legt dar, dass diese die Stellenbeschreibungen und –bewertungen vornehmen müssen. Die Verwaltung könne dabei Hilfestellung geben. Im Weiteren führt er klarstellend zum Hintergrund der vorliegenden Drucksache aus, dass diese im Ergebnis der Beratung des Finanz- und Grundstücksausschusses zu den Änderungsanträgen DS0341/16/8 und DS0341/16/8/1 kurzfristig für die Haushaltsberatung des Stadtrates erarbeitet wurde. Er legt seine Auffassung dar, dass die Behandlung der Drucksache auch vertagt werden könne, da die Verwaltung hierzu keinen Zeitdruck sieht.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann nimmt Bezug auf die Behandlung der Änderungsanträge im Finanz- und Grundstücksausschuss und die hier diskutierte Frage, ob das Anliegen des Änderungsantrages DS0341/16/8/1, mit dem eine Erhöhung der Haushaltsmittel für politische Gremien auf 75.000 Euro beantragt wird, das richtige Signal für die Öffentlichkeit sei. Herr Zimmermann versichert, dass erforderliche Kosten auch übernommen werden, die für ihn unausgegorene Antragstellung sollte mit vorliegender Drucksache klargestellt werden.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, widerspricht den Ausführungen des Bürgermeisters und stellt zur Diskussion im Finanz- und Grundstücksausschuss klar, dass zunächst vor einer weiteren Diskussion die Drucksache der Verwaltung abgewartet werden sollte. Eingehend auf die Drucksache informiert er, dass seitens seiner Fraktion noch kritische Punkte gesehen werden. Beispielhaft benennt er die Frage hinsichtlich der Stellenbewertung der Fraktionsgeschäftsführer. Unklar sei auch die Formulierung in den Beschlusspunkten 3 und 4 hinsichtlich einer vorläufigen Stellenbewertung. Bezug nehmend auf die benannte Verantwortlichkeit für Stellenbeschreibungen und –bewertungen legt er seine Auffassung dar, sich als Arbeitgeber nicht vorschreiben lassen zu wollen, dass er umgehend tätig werden muss. Im Weiteren sieht er noch Klärungsbedarf zur Frage der Kündigungsfristen von Mitarbeitern und zur technischen Ausstattung und erklärt, der Drucksache in vorliegender Form nicht zustimmen zu können.

Zur Auffassung des Stadtrates Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, dass Fraktionen die Stellenbewertungen nicht vornehmen können gibt der Oberbürgermeister den Hinweis auf die erklärte Bereitschaft der Verwaltung, hier Hilfestellung zu leisten.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gibt den Hinweis, dass seitens des Landesverwaltungsamtes die Vergütung von Geschäftsführern großer Fraktionen mit der EG 13 kritisiert wurde und merkt an, dass dies nicht mit bedacht wurde. Als wichtig sieht er an, eine Regelung zu finden, hinsichtlich der Kündigungsfrist von Mitarbeitern für den Fall, wenn sich Änderungen in der Fraktionsstärke ergeben oder Fraktionen sich auflösen. Abschließend erklärt er, dass seitens seiner Fraktion keine Zustimmung zur vorliegenden Drucksache erteilt wird.

Der Beigeordnete Herr Platz versichert, dass die Verwaltung gegenüber den Fraktionen beratend zur Seite stehen wird, damit diese ihrer Arbeitsgeberfunktion gerecht werden können. Er merkt an, dass die Stellenbewertungen der Geschäftsführer seinerzeit durch die SIKOSA vorgenommen wurde.

Im Weiteren legt er dar, dass, wenn eine Veränderung des Stellenbewertungssystems vorgenommen wird, auch die Stellenbeschreibung geändert werden muss. Hierbei muss geklärt werden, was Inhalt der Beschreibung sein darf und was nicht. Hinsichtlich der Stellenbewertung der Geschäftsführer warnt er davor, hier jetzt eine umfassende Diskussion aufzumachen.

Hinsichtlich der Thematik Kündigungsfrist gibt er den Hinweis, dass die Arbeitsverhältnisse im Zusammenhang mit dem Bestand der Fraktionen bestehen und führt beispielhaft aus, dass nach Ablauf des Wahlzeitraumes eines Beigeordneten für diesen auch keine Kündigung ausgesprochen werden muss.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, merkt an, dass der Prüfbericht des Landesrechnungshofes zuerst den Oberbürgermeister anspricht. Bezug nehmend auf die in der Drucksache benannten aufzuhebenden Beschlüsse führt er aus, dass zum Zeitpunkt der Beschlussfassung zur DS0154/13 die Stellenbeschreibungen für die Geschäftsführer bereits fertiggestellt waren. Er kritisiert im Weiteren den Oberbürgermeister dafür, dass dieser die Fraktionen nicht daran erinnert habe, Stellenbeschreibungen der Fraktionsassistenten und des weiteren Fraktionspersonals vorzulegen. Stadtrat Müller legt dar, der Auffassung zu sein, dass es bereits ein Gerichtsurteil von 2001 hinsichtlich der Bewertung der Stellen der Fraktionsassistenten mit EG 9 gab.

Der Oberbürgermeister legt seine Auffassung dar, keine Eile mit der Beratung der Drucksache zu haben. Klarstellend führt er aus, dass die Einbringung der Drucksache auf Grund der im Finanz- und Grundstücksausschuss eingebrachten Änderungsanträge beschleunigt wurde, da hiermit bereits finanzielle Mittel eingestellt werden sollten, die noch nicht beschlossen sind.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, macht nochmals klarstellende Ausführungen zum Hintergrund des Änderungsantrages DS0341/16/8/1.

Der Oberbürgermeister trifft die Feststellung, dass der Änderungsantrag DS0341/16/8/1 die Zielstellung hat, dass alle Geschäftsführer, auch die der kleinen Fraktionen, eine einheitliche Vergütung erhalten.

Er führt nochmals aus, keinen Zeitdruck für die Behandlung der Drucksache zu sehen, so dass eine Vertagung erfolgen kann. Dann müsse aber auch eine Vertagung der Behandlung des o.g. Änderungsantrages erfolgen.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters zur weiteren Verfahrensweise stellt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, den Antrag auf **Vertagung der Drucksache** bis zur nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses.

Gemäß Antrag des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, stimmen die Mitglieder des Verwaltungsausschusses mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen der **Vertagung** zu.

7. Verschiedenes

7.1. MDCC-Arena

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/FDP/BfM, hinterfragt den Sachstand hinsichtlich der Nutzung der MDCC-Arena anlässlich des Fußballspiels am 26. 11. 2016.

Der Oberbürgermeister informiert hierzu über eine am heutigen Vormittag erfolgte Abstimmung u.a. mit Statikern, dem Präsidenten des 1. FCM, Fanvertretern und dem Bauordnungsamt und der hier erfolgten Erläuterung der Rechtslage. In Abstimmung zwischen dem Präsidenten des 1. FCM und dem Bauordnungsamt wurde ein entsprechendes Papier erarbeitet. In der Folge hat sich die erteilte Nutzungsuntersagung erledigt. Insbesondere verweist er darauf, dass seitens der Verwaltung kein generelles „Hüpfverbot“ ausgesprochen, sondern die nutzungsgemäße Betreuung des Stadions verlangt wurde. Er legt dar, dass die Ränge nicht als Steh- sondern als Sitzplätze ausgelegt sind und hier das „rhythmische Hüpfen“ untersagt werden musste. Dies wurde auch seitens der Fanvertreter zugesagt.

Als sekundäre Frage bezeichnet er, wie das eingehalten werden kann und legt dar, dass eine Nichteinhaltung Sanktionen nach sich ziehen könnte. Zunächst müsse jedoch erst einmal an die Vernunft der Besucher appelliert werden. Mit dem Hinweis darauf, dass das Stadion vor 13 Jahren nicht für eine solche Belastung ausgelegt wurde legt der Oberbürgermeister dar, dass hierzu durch das Bauordnungsamt eine Nutzungsverordnung erlassen wurde, die durch den Betreiber umzusetzen ist. Zum vom Fußballklub vorgeschlagenen Weg eines Spiels ohne Zuschauer verweist er auf die dramatischen Konsequenzen zum Nachteil für den Klub. Insbesondere verweist er darauf, dass für den Zeitraum, in dem entsprechende Sicherungsmaßnahmen erfolgen werden, weiterhin das rhythmische Hüpfen unterlassen werden muss.

Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, wirft die Frage hinsichtlich einer Umplanung des Haushaltes für 2018 für eine Instandsetzung der MDCC-Arena auf.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass bei gebrauchsmäßiger Nutzung des Stadions, dieses noch mehrere Jahrzehnte halten kann. Im Weiteren informiert er über die Feststellung des Gutachtens, dass sich derzeit durch das rhythmische Hüpfen Schwingungen ergeben, die über der Panikgrenze liegen. Diese Schwingungen können dazu führen, dass Panikausbrüche entstehen oder sich Fertigteile lösen können. Er bekräftigt nochmals, dass seitens der Stadt kein Verbot ausgesprochen wurde, sondern nur die deutliche Empfehlung, das rhythmische Hüpfen zu unterlassen.

7.2. Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, wirft die Frage nach der Benennung von Vertretern des Stadtrates auf. Er legt dar, dass seitens des Oberbürgermeisters die Zusage erteilt wurde, dem Vorsitzenden des Stadtrates zum Neujahrsempfang die Möglichkeit zu geben, hier ein paar Worte zu sagen.

Der Oberbürgermeister kündigt an, eine Beantwortung im Stadtrat am 08. 12. 2016 vorzunehmen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin